

Abschlussbericht über die Veranstaltung der Ostinitiative des Tönissteiner Kreises in Dresden vom 20.- 22. Mai 2005 : „Wie kann die Zukunft der Neuen Länder im globalen Wettbewerb gesichert werden?“

1. Ausgehend von der Erkenntnis, dass 15 Jahre nach der Wiedervereinigung junge international orientierte Ostdeutsche in unserem Kreis noch immer deutlich unterrepräsentiert sind (von 670 Tönissteinern kommen nur 10 aus den neuen Ländern), hat sich im Tönissteiner Kreis eine „Ostinitiative“ gebildet, um die hier offenbar noch bestehende Mauer abzubauen. Nach einer ersten Veranstaltung in Weimar im Herbst 2003 hat eine Arbeitsgruppe aus Tönissteinern unter dem Thema „Wie kann die Zukunft der Neuen Länder gesichert werden?“ eine Veranstaltung in Dresden vom 20. - 22.5. 2005 vorbereitet und durchgeführt.

2. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg. Es ist uns gelungen, unsere Initiative über ausgesuchte Multiplikatoren bekannt zu machen. Von fast 200 Bewerbungen haben wir insgesamt 90 Studenten und fertige Hochschulabsolventen auswählen können (Kriterien: Geburtsdatum nach 1970; Geburtsort in der früheren DDR; internationale Ausbildung). Um Kontaktmöglichkeiten zu bieten, haben wir dazu 30 Tönissteiner eingeladen.

3. Angeregt durch die Beiträge der Referenten der Veranstaltung (Prof. Dr. K. Biedenkopf, Min.Präs.a.D. Sachsen; Dr. C. Bode, Gen.Sek. DAAD) und der Paneldiskussionen (weitere Teilnehmer: Prof. C. Garrett, Dr. M. Lehmann, Prof. Dr. H. Löbler, Prof. Dr. J. Straub, Dr. M. Hagen, Geschäftsführer Wismuth-GmbH, Dr. C. Kunze, Geschäftsführer Wisutec GmbH) kam in den drei Tagen ein inhaltsreicher und vielseitiger Dialog zwischen den Teilnehmern in Gang.

Sehr deutlich wurde, dass es ein großes Potential an international ausgebildeten und qualifizierten jungen Ostdeutschen gibt. Die deutschen Fördereinrichtungen (DAAD, Studienstiftung des Deutschen Volkes, Studienstiftung der Deutschen Wirtschaft, Cusanus-Werk, Villigst etc.) haben nach der Wende ganz offensichtlich gute Arbeit geleistet.

Die Integration in westdeutsch geprägte Netzwerke wie den Tönissteiner Kreis ist dagegen kaum oder gar nicht erfolgt. Das hat dazu geführt, dass diese nachwachsende ostdeutsche Elite keinen oder nur fallweise Zugang zu den Erfahrungen, Kenntnissen und Netzwerken der alten Bonner Republik hat und damit häufig die notwendige Unterstützung bei grundlegenden und internationalen Weichenstellungen für Ausbildung und Beruf fehlt.

4. Wir konnten die Veranstaltung dank finanzieller Unterstützung durch Sponsoren (VW, Infineon, Ernst Poensgen-Stiftung, DAAD, Weitnauer Rechtsanwälte) überwiegend aus Drittmitteln finanzieren. Infineon Technologies AG in Dresden hat uns durch großzügige Gastfreundschaft am 21.5.05 sehr geholfen. In der lokalen Presse wurde berichtet.

5. Die vielen nützlichen, unserer Ostinitiative zustimmenden Rückmeldungen aus dem Kreis der ostdeutschen Gäste veranlassen uns, in Abstimmung mit den Sprechern des Tönissteiner Kreises nächste Schritte unserer Ostinitiative ins Auge zu fassen. Wir wollen deshalb sobald wie möglich einen Workshop durchführen, in dem wir gemeinsam mit einem kleineren Kreis von Tönissteinern und jungen Ostdeutschen die wichtigsten Anregungen für den Dialog in Maßnahmen (z.B. Mentorenprogramm) umsetzen wollen.

Anhang 1

Vortrag:

Wie kann die Zukunft der Neuen Länder im globalen Wettbewerb gesichert werden?

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Ministerpräsident a. D.

Im Rahmen der Ostinitiative des Tönissteiner Kreises in Dresden war am Samstag, 21. Mai 2005, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, sächsischer Ministerpräsident a. D., als Key-note Speaker bei der in den Räumlichkeiten der Infineon AG stattfindenden Vortrags- und Diskussionsrunde geladen. In seinem Vortrag zum Thema der Zukunft der neuen Bundesländer im globalen Wettbewerb zeigte er jedoch nicht nur deren Herausforderungen angesichts offener Märkte auf, sondern leitete insbesondere Konsequenzen und Handlungsfelder für die gesamte Bundesrepublik ab.

Zu Beginn seines Vortrags sprach sich Biedenkopf deutlich gegen eine undifferenzierte Betrachtung der „neuen Länder“ aus, da sie trotz der gemeinsamen DDR-Vergangenheit nicht als homogen zu bezeichnen sind. Diese Unterschiede sind nicht nur in der demographischen und wirtschaftlichen Struktur begründet, sondern haben auch tiefe geschichtliche Wurzeln, die auch heute das aktuelle Tagesgeschehen beeinflussen.

Indem er die provokative Aussage eines Chinesen aufgriff, der nach einer Reise durch die Bundesrepublik zu dem Schluss kam, dass Deutschland „ein Altersheim mit angebautem Industriemuseum“ sei, benannte er ausgehend von einer gesamtdeutschen Perspektive wichtige Schritte, die notwendig sind, um sich im globalen Wettbewerb als Einzelperson, Unternehmen und Land zu behaupten.

Biedenkopf forderte zuerst, dass in der aktuellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage die Wirklichkeit erkannt werden muss. Diesem ersten Schritt maß er besonders viel Bedeutung bei, da er das Fundament für alle weiteren Überlegungen und Aktionen bildet. Wichtig ist dabei nicht nur die bloße Wahrnehmung der aktuellen Situationsverhältnisse, sondern auch deren Akzeptanz. Anschließend müssen Folgen der derzeitigen Entwicklung abgeleitet und in einem dritten Schritt nach Chancen gesucht werden, die sich in dem entsprechenden Kontext bieten.

Er führte in diesem Zusammenhang an, dass nicht das Prinzip der Gleichheit sondern das der Ungleichheit die Antriebsfeder des Fortschritts darstellt. Dabei stellte er ganz klar heraus, dass die Ungleichheit nicht festgeschrieben sein darf. Das bedeutet, dass jemand, der sich der Ungleichheit ausgesetzt sieht, nicht durch rechtliche oder andere Zwänge und Regelungen darin gefangen sein sollte. Vielmehr müssen die Rahmenbedingungen so sein, dass sich durch Eigeninitiative und Leistung ein Ausweg bietet. In diesem Sinn befürwortete Biedenkopf eine höhere Flexibilität und Vergrößerung des Handlungsspielraums der Unternehmen zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit.

Überdies machte er auf die Entwicklung unserer Gesellschaft hin zur Wissensgesellschaft aufmerksam. Letztere definierte er als Kombination von Wissen und Kapital. Wenn Wissen immer wichtiger wird und sich in naher Zukunft ein Wettbewerb der Köpfe abzeichnet, leiten sich daraus Konsequenzen für die Politik ab. Da Wissen nicht statisch ist, sondern immer weiter entwickelt werden muss, spielt der Faktor Bildung eine große Rolle in der Frage der Attraktivität und Stärke eines Standorts. Aufgrund dessen plädierte Biedenkopf stark für eine bessere Bildung der Bevölkerung. Dabei gab er zu beachten, dass das derzeit gern angeführte „learning on the job“ nicht in dem Maße zu Wissenszuwachs und Fortschritt führe, wie es akademische Bildung könne. Letztere vermittele eine Fülle verschiedener Lösungsansätze und -modelle ohne in einem bestimmten Kontext gebunden zu sein. Des weiteren hob er für die Zukunftssicherung Deutschlands hervor, dass der allgemeinen

Tendenz, dem Staat alle Verantwortung zuzuweisen, unbedingt entgegengewirkt werden sollte. Aktives Handeln sowie Eigeninitiative müssen unterstützt werden.

Biedenkopf kam zu dem Schluss, dass nur bei Berücksichtigung all dieser Aspekte sowie der engagierten Umsetzung von auf realistischen Situationsanalysen aufbauenden Strategien die Zukunft der Bundesrepublik im globalen Wettbewerb gesichert werden kann. Jedoch ist und bleibt vor allem die Bekämpfung des Generationenschwunds die größte Herausforderung, damit Deutschland nicht den Anschein eines „Altersheims mit angebautem Industriemuseum“ erwecken muss.

Steffi Emrich
Betriebswirtin FH, Maîtrise en Sciences de Gestion
Université de Savoie, Annecy

Anhang 2

Panel-Diskussion:

Panel: Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, MinPräs. a.D. Sachsen, Dr. Manfred Hagen, Dr. Christian Kunze, Prof. Dr. Jürgen Straub, Dr. Ruprecht Vondran (Moderation)

Freundlicher Gastgeber war die Infineon AG. Anwesend waren etwa 100 Personen, vorwiegend Gäste des Tönissteiner Kreises aus den sogenannten „Neuen Bundesländern“. Dem Tagesordnungspunkt vorangegangen ist ein Vortrag von Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Ministerpräsident a.D. zur Frage: „*Wie kann die Zukunft der neuen Länder im globalen Wettbewerb gesichert werden?*“.

Einleitend zur Diskussion stellten sich die Panelteilnehmer vor. Dr. Hagen ist Geschäftsführer der Wismut GmbH, einer Sanierungsgesellschaft des Bundes in Sachsen und Thüringen. Dessen Tochterunternehmen Wisutech GmbH in Chemnitz wurde von seinem Geschäftsführer Dr. Kunze vorgestellt. Als Vertreter der Wissenschaft saß Professor Straub auf dem Podium. Er hält die Professur für Interkulturelle Kommunikation an der TU Chemnitz.

Verschiedene Themen wurden im Folgenden diskutiert. Anlehnend an den Vortrag von Prof. Biedenkopf nannten die Diskussionsteilnehmer den demografischen Wandel, die Inflexibilität der staatlichen Institutionen und die Reform des Bildungssystems als spezifische Herausforderungen Deutschlands.

Prof. Straub befasste sich in seinen einleitenden Worten mit den Schwierigkeiten deutscher Universitäten, den neuen Problemfeldern zu begegnen. Neben einer besseren Ausstattung und größeren Freiheit der Universitäten wurde besonders eine stärkere Eigeninitiative und Beteiligung der Studierenden eingefordert. Beispielhaft nannte ein Anwesender die von Dresdner Studierenden gegründete Stiftung „unternehmen selbst!beteiligen“.

Weiterhin diskutiert wurde das Spannungsfeld zwischen Beschäftigungssicherung und Globalisierung. Prof. Biedenkopf bezeichnete die Verbesserung der Rahmenbedingungen für produzierende Unternehmen als wichtige Chance Ostdeutschlands und verwies auf die gelungene Ansiedlung der Infineon AG in Dresden. Von Seiten der Teilnehmer wurden in diesem Zusammenhang Fragen nach der Möglichkeit von Umverteilung oder der Neudefinition von Arbeit aufgeworfen.

Ein anderer Diskussionsgegenstand war die Anforderungen an deutsche Führungskräfte. Der Mangel an *soft skills* wurde insbesondere von Dr. Kunze in seinen einleitenden Worten herausgearbeitet. Genannt wurden hier die Sprachkenntnisse, Mobilität, sowie das Einfühlungsvermögen in fremde Kulturen. Weiterhin bedauerte er, dass den hohen Investitionen, die ein Unternehmen zur Weiterbildung seiner Mitarbeiter tätigt, häufig ein Mangel an Loyalität gegenübersteht. Die Abwicklung der „ostdeutschen Eliten“ der damaligen DDR stellt sich aus heutiger Sicht häufig als nachteilig heraus, wie Dr. Hagen deutlich machte.

Welche Rolle der Tönissteiner Kreis zur Unterstützung der besonders im Osten Deutschlands dringend notwendigen Entwicklungen in Zukunft spielen kann und will, konnte aus Zeitgründen leider nicht ergiebig diskutiert werden. Der Gesprächskreis wird auch in Zukunft als wichtiges Diskussionsforum der deutschen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zur Verfügung stehen.

Jan Landmann
Zimmermann, Student der Internationalen Beziehungen an der TU Dresden

Anhang 3

Panel-Diskussion: Bildung und globaler Wettbewerb

Panel: Dr. Christian Bode, DAAD, Prof. Dr. Helge Löbler, Univ. Leipzig, Prof. Dr. Crister S. Garrett, Univ. Leipzig, Dr. Matthias Lehmann, TU Dresden, Dr. Klaus Wagner (Moderation)

Der Auftaktvortrag zum zweiten Panel am Samstagnachmittag wurde als „Feuerwerk“ angekündigt. Und in der Tat gelang *Dr. Christian Bode*, dem Generalsekretär des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) ein Feuerwerk innovativer Ideen zur Internationalisierung der deutschen Hochschullandschaft, voller Sprachwitz und garniert mit durchaus auch kritischen Thesen. Vor einem Publikum mit vielen ehemaligen DAAD-Stipendiaten konnte der Referent die einleitende Darstellung des DAAD kurz fassen, mit einem Überblick über Rechtsstellung, Ziele sowie Förder- und Haushaltsumfang dieser Selbstverwaltungsorganisation der deutschen Hochschulen. Nur knapp dargestellt wurden auch die Programme zur berufsorientierten Qualifizierung in internationalen Programmen (Carlo-Schmid-Stipendien, Praktikantenprogramme und Aufenthalte bei ENA bzw. EHI Florenz). Besonderes Interesse galt sodann aber der Entwicklung der DAAD-Förderung in den Neuen Bundesländern, wo im Jahr 1990 über 7000 ausländische Studierende „übernommen“ werden mussten, von denen über 90% noch bis zum erfolgreichen Examen geführt werden konnten, wo aber andererseits bis heute ein Rückstand bei der Aufnahme ausländischer Studierender bestehe. Immerhin gebe es seit 2000 innerhalb des DAAD keine eigenständige ostdeutsche Sonderstatistik mehr, sondern sei Deutschland auch für statistische Zwecke „zusammengewachsen“. Auf internationaler Ebene müsse sich Deutschland ohnehin als Ganzes dem Wettbewerb stellen – dem Wettbewerb um Studierende, Post-Docs, Hochschullehrer, Forschungsprojekte, Weiterbildungsprogramme und nicht zuletzt um internationale Reputation. Dass jedenfalls in Teilbereichen Nachholbedarf bestehe, illustrierte *Dr. Bode* an der Zahl von nur 5% ausländischen Hochschullehrern an deutschen Universitäten, im Vergleich zu einen fast 50%-ig ausländischen Lehrkörper etwa an der London School of Economics. In den internationalen Rankings, die zwar bekanntermaßen von den angloamerikanischen Top-Universitäten (Harvard, Stanford und Cambridge) angeführt würden, sei die Position der deutschen Hochschulen freilich gar nicht so schlecht: In der Liste der Top 500 rangiere Deutschland mit 43 Nennungen zwar weit hinter den USA (170), aber immerhin an zweiter Stelle, knapp vor Großbritannien (42) und deutlich vor Japan (36). Deutschlands Hochschulen seien auch insofern attraktiv, als sie eine beeindruckende Zahl ausländischer Studierender anziehen könnten, nicht zuletzt als Folge des internationalen Marketings des DAAD für die deutsche Hochschulausbildung, das seit 1998 intensiv betrieben werde. Unter den Faktoren, die die Entscheidung ausländischer Studierender für ein bestimmtes Zielland motivieren, könne Deutschland nach Ansicht des Referenten zwar bei der Lehrqualität, den Zugangs- und Finanzierungsmöglichkeiten und weitgehend auch unter Sicherheitsaspekten punkten, sei aber im Bezug auf Einstellungsperspektiven für angehende Akademiker aus dem Ausland höchst unattraktiv. Die Einführung der „Green Card“ habe insofern nur wenig geändert. Ein neuer Trend, den *Dr. Bode* abschließend schilderte, seien Studienangebote deutscher Hochschulen im Ausland, etwa der eigenständigen deutschen Hochschule, die kürzlich in Kairo eröffnet worden sei.

In der anschließenden Paneldiskussion warf zunächst *Prof. Garrett* vom Institut für Amerikanistik der Universität Leipzig einen optimistischen Blick auf die deutsche Hochschullandschaft, die auch aus US-amerikanischer Perspektive durchaus Vorteile biete. Beispielhaft schilderte er den Aufbau eines Studienganges in American Studies, der breiter als die traditionelle Amerikanistik und auch interdisziplinär angelegt sei. Hier wie auch allgemein komme es darauf an, die Hochschulausbildung künftig am erforderlichen „output“ zu orientieren und nicht mehr nur nach klassischen Wissenschaftsdisziplinen zuzuschneiden. Dem stünden freilich häufig hierarchische Strukturen in den Universitäten entgegen. *Prof.*

Löbler, der seit 1992 an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Leipzig lehrt, konnte in seinem Statement nur zustimmen: Das Erbe von 1968 habe ein Übermaß an demokratischer Entscheidungsfindung hinterlassen, bei dem Kompetenz aber oft zu kurz komme. Vor allem aber werde nach wie vor ausschließlich auf reine Wissensvermittlung gesetzt, obwohl Wissen heute praktisch überall verfügbar sei und stattdessen die Vermittlung von Verstehen, Können und Erfahrung die Devise sein müsse. Deshalb plädierte *Löbler* für neue Methoden in der universitären Ausbildung, die er in Leipzig bereits erfolgreich anwende. *Dr. Lehmann*, wissenschaftlicher Assistent an der TU Dresden, berichtete abschließend über ein Beispiel deutlich weniger zukunftsorientierter Hochschulpolitik, nämlich der haushaltspolitisch begründeten Schließung der Juristenfakultät in Dresden – trotz eines erfolgreichen zehnjährigen Aufbaus, internationaler Programme und guter Ausstattung.

Der „Brain Drain“, der auch durch derart vielleicht verfehlte oder ideenlose Hochschulpolitik forciert werde, bildete denn auch einen Schwerpunkt in der Diskussion mit dem Publikum. Hinzu kamen Fragen und kritische Anmerkungen zum Bologna-Prozess, zum Wettbewerb zwischen den Hochschulen und zum Differenzierungspotential einzelner Hochschulen. In seinem Schlusswort plädierte *Dr. Bode* abschließend noch einmal für bessere Finanzierungsideen für die Hochschulen, auch durch private Initiativen: Geld solle nicht schwerpunktmäßig in immer neue Straßen investiert werden, sondern vor allem in Bildung, der wichtigsten Ressource Deutschlands. Vielleicht weit wichtiger als manches Infrastrukturprojekt sei insofern eine breite Bildungsoffensive.

Florian Möslein, LL.M.
Wiss. Mitarbeiter, Humboldt-Universität zu Berlin

Mitglieder der Tönissteiner Arbeitsgruppe Ostinitiative:

Ludger Buerstedde
Klaus-Dieter von Horn
Hans Joachim Kniehl
Thomas Krecek
Matthias Lehmann
Axel Plambeck
Joachim Schede
Björn Voigt
Ruprecht Vondran
Carola Vulpius
Philipp-Christian Wachs
Klaus M. Wagner
